

Streitfrage: Vollgeld – eine Alternative zur herrschenden Finanzpolitik?

Im Zuge der aktuellen Finanzkrise hat die Rolle der Europäischen Zentralbank an Bedeutung und vor allem an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Gerade in Deutschland gibt es Befürchtungen, dass die lockere Geldpolitik zu Geldentwertung und Inflation

führen könnte. Als Alternative wird das sogenannte Vollgeldsystem diskutiert. Nach den Vorstellungen seiner Anhänger sollen Banken nur dann Kredite ausgeben dürfen, wenn die entsprechende Summe durch Kundeneinlagen oder bei der Zentralbank geliehenes Geld ge-

deckt ist. Vollgeld-Anhänger finden sich unter anderem in Teilen der Occupy-Bewegung und bei Wachstumskritikern. Doch was steckt hinter diesem monetären Ansatz? Kann er eine Gemeinwohl-Ökonomie vortreiben? Oder ist er nichts weiter als eine Luftnummer?

Element einer demokratischen Geldordnung

Von Christian Felber

Die Vollgeld-Initiativen in der Schweiz und Deutschland haben einen wichtigen Impuls zum Überdenken der gegenwärtigen Geldordnung geleistet. Die Kritik der Vollgeld-Befürworter entzündet sich an der Praxis der Geldschöpfung der kommerziellen Banken, die damit einhergehende Erhöhung der Geldmenge und die Einstreichung der Geldschöpfungsgewinne durch private Interessengruppen.

Im gegenwärtigen Regime der »Giralgeldschöpfung« können private Banken neue Kredite »aus dem Nichts schöpfen« (d. h. ohne dass sie durch Zentralbankgeld gedeckt wären) und auf Girokonten gutschreiben, was die Bilanz »verlängert« und die Geldmenge erhöht. Der Gewinn dieser Praxis bleibt bei der Bank. Das ist eine Seite des Problems. Die andere Seite: In den letzten zwei Jahrzehnten wurde immer mehr privates Vermögen nicht »real« in Unternehmen und Produktion investiert, sondern in Wertpapiere und deren Finanzierung und »Hebelung« über Kredite (»Finanzialisierung«). Auf diese Weise trägt die Geld- und Kreditschöpfung durch private Banken zu Spekulation, Blasenbildung und Krisen bei. Allerdings, und hier haben Vollgeld-Skeptiker und -Skeptikerinnen wie Rudolf Hickel recht, liegt das nicht am Akt der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken per se, sondern genauso an der Zulässigkeit von Finanzinvestments und kreditfinanzierter Spekulation.

In einem Vollgeld-Regime – definiert durch die Deckung aller Kredite durch Zentralbankgeld – wäre zwar das Wachstum der Geldmenge begrenzt (bzw. es würde von der Zentralbank allein gesteuert), nicht jedoch das Kreditwachstum! Das liegt daran, dass das private Geldvermögen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich steigt und damit die



Frisch geprägte Zwei-Euro-Münzen in der Staatlichen Münze in Berlin

Foto: dpa/Tim Brakemeier

Möglichkeit der Banken, Geld zu verleihen, das »schon existiert« und nicht aus dem Nichts geschöpft wird. Die Finanzspekulation könnte somit auch im Vollgeld-Regime nicht nur munter weitergehen, sondern sogar weiter zunehmen – es wäre bloß die (Hebel-)Kredite an Finanzinvestoren auf der Aktivseite der Bankbilanzen vollständig durch

»echtes« Zentralbankgeld auf der Passivseite gedeckt – anstatt teilweise nur durch Giroguthaben.

Was lernen wir daraus? Auch im Vollgeld-Regime müsste die Kreditvergabe reguliert werden, wenn man Spekulation, Blasenbildung und Krisen verhindern möchte. Auf dieses Problem liefert das junge Modell der Gemeinwohl-Ökonomie eine Antwort: Alle Unter-

nehmen müssen neben der Finanzbilanz eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen, und jedes Investitionsvorhaben müsste zudem die »Gemeinwohl-Prüfung« bestehen, um zu einem Kredit zu kommen. Finanzkredite würden hier konsequent durchfallen. Das Kasino wäre geschlossen.

Hickel kritisiert das Vollgeld in einem anderen Punkt als »hundsgefährlich«, weil die Zentralbank allein in Krisenfall den Unternehmen über die Banken keine höhere Liquidität zur Verfügung stellen könnte, er befürchtet eine Konjunkturbremse. Dazu ist erstens zu

sagen, dass die überreiche Liquidität, mit der die Zentralbank in der gegenwärtigen Krise die Privatbanken »flutet«, nicht bei den Unternehmen ankommt, sondern sogar im Gegenteil die überfluteten Banken den Unternehmen den Geldhahn zudrehen und stattdessen mit dem billigen Zentralbankgeld lieber wohlfeil spekulieren. Zum anderen hat Hickel den Vollgeld-Vorschlag möglicherweise falsch verstanden. Die Zentralbank könnte in der Krise nach meinem Verständnis des Vollgeldes weiterhin günstige Kredite an die Geschäftsbanken geben. Zudem könnte die Zentralbank in einem Vollgeld-Regime auch anders konjunktursteuernd wirken, indem sie in Krisenzeiten dem Staat größere Geldgeschenke macht als in Zeiten guter Konjunktur – allein dieser Aspekt, dass der Geldschöpfungsgewinn der Allgemeinheit zugute kommt und nicht privaten Banken, spricht für das Vollgeld. Drittens könnten Zentralbanken in Krisenzeiten über öffentliche Banken den Unternehmen die nötige Liquidität zur Verfügung stellen. Die Kombination von Geld-, Fiskal- und Finanzpolitik ist nicht grundsätzlich des Teufels, sondern es kommt darauf an, welches gezielte Mandat die Zentralbank erhält und wer dort die Entscheidungen trifft.

Das Wichtigste bei all diesen Fragen ist, dass über das Geldsystem viel mehr und demokratisch diskutiert werden sollte. Zum Beispiel in demokratischen Geldkonventionen, in denen die Regeln, nach denen Geld in Umlauf kommt und zu welchen Bedingungen Kredite vergeben werden dürfen, demokratisch festgelegt werden. Die zwei Jahre junge Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie beginnt gerade, demokratische Wirtschaftskonvente auf kommunaler Ebene zu organisieren. In diesen könnten auch zentrale Geldfragen mitbehandelt oder eigene Konvente zur Geldordnung organisiert werden.



Christian Felber ist Universitätslektor und Mitbegründer von Attac Österreich. Anfang des Jahres erschienen von ihm die Bücher »Retten wir den Euro!« und als erweiterte Neuausgabe »Die Gemeinwohl-Ökonomie«.

Foto: Robert Gortana

Die Vollgeld-Initiativen in der Schweiz und Deutschland haben einen wichtigen Impuls zum Überdenken der gegenwärtigen Geldordnung geleistet.

Wunschträume von einer vierten Gewalt

Von Nicolai Hagedorn

Das ursprüngliche Vollgeld-Konzept, das heute von Josef Ackermanns Doktorvater Hans-Christoph Binswanger propagiert und sogar in einem Papier des Internationalen Währungsfonds empfohlen wird, hatte in den 1930er und 1940er Jahren viele Anhänger unter Nationalökonominnen und -ökonominnen und korrespondierte mit Ideen des Antikapitalismusreformers Silvio Gesell. So ist von dem damals prominentesten Vollgeld-Befürworter Irving Fisher das Bekenntnis überliefert, er sei »nur ein bescheidener Schüler des Kaufmanns Gesell«.

Schon in den 1990er Jahren warnte der Marxist Robert Kurz vor der Wiederkehr Gesellschaftlicher Theorien: »Statt den Anspruch menschlicher Autonomie gegen den Systemterror der Marktwirtschaft zu formulieren, vertreten die Neo-Gesellianer gar nicht klammheimlich die wölfische Autonomie des reinen Marktteilnehmers gegen jeden menschlichen und sinnlichen Anspruch außerhalb der warenförmigen Abstraktionen.« Was die Vollgeld-Apolo-

geten damals wie heute als Krisenursache ausgemacht haben, ist die Giralgeldschöpfung durch die Geschäftsbanken, also die nicht durch Zentralbankgeld gedeckte Weitergabe von Sichteinlagen an die Kunden. Diese werde durch die Einführung des Vollgeldes unmöglich. Die Geschäftsbanken müssten nach einer Vollgeld-Reform »echtes« Zentralbankgeld an die Kunden weitergeben, die Sichteinlagen zu hundert Prozent durch Zentralbankgeld gedeckt sein.

Was zunächst tatsächlich wie eine Verstaatlichung von Geldschöpfungsgewinnen, Zügelung der Banken und Verwirklichung der Lieblingsforderung aller Kapitalismusreformer »Brecht die Macht der Banken und Konzerne« aussehen mag, läuft in Wahrheit auf die Kontrolle der Geldschöpfung durch eine monetäre vierte Gewalt (die »Monetative«) hinaus. Das Vollgeld-Konzept ist schlicht eine Forderung nach einer »Revolution von oben«, statt Emanzipation wird hier Zentralisierung vorgeschlagen. In der Initiativklärung des Monetative e. V. heißt

es unverblümt, die neue Zentralbank müsse »unabhängig gegenüber Begehrlichkeiten von Regierung und Parlament« gestellt werden.

Dabei ist die massive Ausweitung der Geldmenge, von den Zentralbanken seit Jahren selbst herbeigeführt, die notwendige Reaktion auf die Kreditklemme sowie die fehlenden Kapitalakkumulationsmöglichkeiten innerhalb der »Realwirtschaft«. Insofern hätte eine Vollgeld-Zentralbank die Möglichkeit, das Geld, das derzeit »aus dem Nichts« geschöpft wird, tatsächlich zu »drucken«, was zu einer massiven Geldentwertung führen muss, solange der Geldmenge keine reale Wertschöpfung zugrunde liegt. Der Ökonom Thorsten Polleit stellt zu Recht fest: »Dann würden nicht mehr die Geschäftsbanken Geld aus dem Nichts schöpfen, sondern die Zentralbanken.« Alternativ könnten die Zentralban-

ker durch Verknappung der Geld- und damit der Kreditmenge Wirtschaftskrisen noch verschärfen.

Der Monetative-Vereinsvorsitzende Joseph Huber vertraute dagegen »Spiegel Online« an, mit dem Vollgeld ließen sich sogar die Staatsschulden reduzieren: »Huber geht davon aus, dass dem Staat allein in Deutschland 14 bis 42 Milliarden Euro jährlich zufließen würden, weil nicht mehr die Geschäftsbanken, sondern die Notenbanken die Gewinne aus der Geldschöpfung einstreichen könnten.« Unter monetative.de findet sich dazu diese Erklärung: »Ein inflationsneutraler Zuwachs der Geldmenge entspricht dem zu erwartenden Wachstum der Realwirtschaft. So entsprechen nach heutigen Maßstäben 1-2-3 Prozent Wirtschaftswachstum in Deutschland einem Geldmengenwachstum und somit einer Seigniorage in Höhe von 25-50-75 Milliarden Euro. Damit lassen sich 2,4-4,8-7,2 Prozent der

öffentlichen Gesamtausgaben bestreiten.«

Die Vollgeldianer wollen also die Krisenhaftigkeit des Kapitals bewältigen, indem sie die Geldmenge dem Wirtschaftswachstum anpassen, Geld drucken und aus den dabei erzielten Seigniorage-Gewinnen die Schulden der Staaten tilgen, was die Abhängigkeit jeder haushaltspolitischen Entscheidung von wirtschaftlichen Wachstumsraten weiter zementieren würde. Angesichts der Tatsache, dass viele Staaten am Beginn einer Rezession stehen, bleibt dabei völlig unklar, wie das überhaupt funktionieren soll.

Das hier von bürgerlichen Eliten und Teilen des angeschlossenen Wissenschaftsbetriebes vermarktete Konzept will die Zumutungen des Kapitalismus nicht überwinden, sondern im Gegenteil diesen krisenfester machen und liberale Wunschträume von einer vierten, monetaristischen »Gewalt« ins Werk setzen. Es richtet sich damit gegen die Emanzipation des Menschen von der Fettschwere Geld und der irrationalen Verwertungslogik des Kapitals.



Nicolai Hagedorn ist ausgebildeter Groß- und Außenhandelskaufmann und in der Frankfurter Occupy-Gruppe aktiv.

Foto: privat

Das Vollgeld-Konzept ist schlicht eine Forderung nach einer »Revolution von oben«, statt Emanzipation wird hier Zentralisierung vorgeschlagen.